

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST



Nr. 13

Mittwoch, 27. Dezember 1989

5 Pfennig

Kapitalisten besorgt: Wo bleiben die Freikorps?

Wohin geht Deutschland- die Arbeiter werden entscheiden

Die Novemberrevolution 1918 stürzte das Kaiserreich. Aber diese politische Revolution stellte nur die grundsätzliche soziale Frage: Welche Klasse soll herrschen? Die Armee war zerfallen. In ganz Berlin und den anderen wichtigen Städten entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Nur durch die Zerschlagung der Organe der Arbeitermacht und durch die Ermordung der revolutionären Führer der Arbeiter, Rosa und Karl konnte sich die bürgerliche Republik aufrichten. Die Freikorps, die von dem sozialdemokratischen Bluthund Noske umgruppiert wurden und unter seinem Kommando standen, wurden später der Kern der Nazi-SA.

Heute entwickelt sich in der DDR eine proletarische politische Revolution. Die stalinistische Bürokratie ist diskreditiert und paralysiert. Der SED-Parteitag umarmte die Sozialdemokratie, während er mit einer auseinanderbrechenden Basis konfrontiert ist. Aber viele SEDler wollen eine wirklich kommunistische Partei. Das Land polarisiert sich zunehmend: Letzte Woche demonstrierten am gleichen Tag mehrere Zehntausende für Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westen und bejubelten Kohl in Dresden, während Zehntausende in Berlin (und dazu einige Tausend in Rostock) gegen einen Ausverkauf der DDR demonstrierten. Es wird immer klarer, daß es sich um die Frage drehen wird: Entweder revolutionäre Räte macht zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften dieses Arbeiterstaats, der von seinem Entstehen an bürokratisch deformiert war, oder Konterrevolution.

Doch die Imperialisten stellen sich die Frage: Wo sind die Freikorps, die die ostdeutsche politische Revolution in Strömen von Blut ertränken würden? Zur Zeit sind sie ziemlich schwer zu finden. Die ehemalige Stasi ist nicht funktionsfähig, während in verschiedenen NVA-Einheiten bereits Soldatenräte gegründet wurden und die Volkspolizei für Gewerkschaftsrechte oder Räte demonstriert. Die Bundeswehr sehnt sich danach, die schwarz-rot-goldene Fahne eines großdeutschen Vierten Reichs von der Spitze des Brandenburger Tors wehen zu lassen, aber 375 000 Sowjetsoldaten stehen in ihrem Weg. Und Gorbatschow hat klargemacht, daß die sowjetische Armee jetzt nicht in das innere Leben der DDR interveniert.

Mit dieser Patt-Situation der verschiedenen bewaffneten Kräfte sind es die Arbeiter, die die grundsätzlichen Fragen, um die es geht, entscheiden werden. Dies ist das Gespenst,

das anfängt, die Bourgeoisie zu beängstigen: Nicht ein schwarz-rot-goldenes Großdeutschland, sondern ein rotes Rätedeutschland. Das maßgebliche Sprachrohr der amerikanischen kapitalistischen Klasse, die *New York Times*, findet in einem Interview mit Berliner Arbeitern heraus, daß selbst diejenigen, die aus der SED ausgetreten sind, keine kapitalistische Wiedervereinigung wollen (siehe Seite 2). Die *Times* warnt die Imperialisten, daß es nicht so einfach sein wird, die DDR in das kapitalistische Westdeutschland hineinzuzwingen.

Jetzt kommen Neonazis herein, die sich mit einheimischen Faschisten vereinigen, um Provokationen zu starten, die der gewaltanfachenden Kampagne der westlichen Medien Stoff zuführen. Und Westmedien versuchen, die Arbeiter mit der Sozialdemokratie reinzulegen, diesem Strohhalm für den Imperialismus. Der jüngste Angriff besteht darin, eine kapitalistische Wiedervereinigung vorwegzunehmen, indem Berufsverbote für ehemalige Stasi-Mitglieder und SED-Mitglieder eingeführt werden. Die Forderung "Stasi in die Produktion" war eine populäre Forderung auf der Demonstration am 4. November. Jetzt gibt es Tausende von arbeitslosen ehemaligen Stasi-Mitgliedern, die in die soziale Produktion integriert werden müssen, damit nicht viele von ihnen leichte Rekruten für Freikorps werden.

Eine Säuberung im Stile Stalins ist keine Antwort gegen Stalinismus. Wo individuelle Geheimpolizisten krassen Mißbrauch betrieben haben, sollte dies durch Arbeitertribunale, die mit maßgebenden Räten verbunden sind, behandelt werden. Und was die Faschisten angeht: Als Gysi von Stahlarbeitern in Eisenhüttenstadt gefragt wurde, was mit den Neonazis zu tun sei, war alles, was er zu sagen hatte, daß wir versuchen können, sie an der Grenze zu stoppen, und daß ihren Argumenten nur mit Argumenten entgegnet werden soll. Nein! Die Arbeiterbewegung will nicht passiv dabeisitzen, während Faschisten freien Lauf erhalten. Eine disziplinierte Kraft von Tausenden aus den Fabriken würde mit diesem Pack kurzen Prozeß machen.

Die Antworten auf solche Fragen müssen durch wirkliche Arbeiterrätedemokratie ausgekämpft werden, wo es die Pflicht von Minderheiten sein wird, die Mehrheit in der Ausführung der im Laufe der Diskussion und Abstimmung bestimmten Politik zu unterstützen. Gleichzeitig muß die Minderheit im Falle von ernsthaften Fehlern darauf vorbereitet sein, die Verantwortung der Mehrheit zu übernehmen. Die Arbeiter werden zuhören, was gesagt wird, und dann werden sie sich in Bewegung setzen.

Der Schlüssel ist, im entscheidenden Moment eine revolutionäre Partei in Position zu haben, doch sie kann nicht über Nacht aufgebaut werden. Deshalb ist es von entscheidender Wichtigkeit, die verfügbare Zeit für den Aufbau von Spartakist-Gruppen zu nutzen auf dem Wege zur Schaffung einer wirklich leninistisch-trotzkistischen kommunistischen Partei. Denn es war die Führung der Bolschewiki und die Rote Armee, die von Leo Trotzki aufgebaut wurde, die die russischen Freikorps dabei gestoppt haben, ihren Weißen Terror auszubreiten.

Kommt zur

Diskussionsveranstaltung

Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr

IM SPARTAKIST TREFFPUNKT UND LESERAUM

Halkevi, Kottbusser Damm 74, Hinterhaus

U-Bahn Hermannplatz, Westberlin

geöffnet: Mo.-Fr. 17-20 Uhr Sa.-So. 14-21 Uhr

Zwiespältige Meinungen bei den Arbeitern einer Berliner Fabrik

The New York Times

— Von David Binder
20.12.1989

Die folgenden Auszüge entstammen einem Artikel der New York Times, dem maßgeblichen Sprachrohr der amerikanischen Bourgeoisie.

Berlin, 17. Dezember — Im Kollektiv Generatorenbau Schleudergrube (PGS) Bergmann-Borsig im Norden der Stadt gibt es keine Mitglieder der Kommunistischen Partei mehr.

Das letzte Mitglied, Heinz Reefke, ein langjähriger Betriebsrat [eigentlich Parteisekretär des Generatorenbaus, Anm. d. Red.], ist am 31. Oktober aus der Partei ausgetreten — zwei Wochen, nachdem der Parteichef Erich Honecker rausgeschmissen wurde.

Die 17 verbliebenen Mitglieder der Abteilung, hauptsächlich Männer zwischen 40 und 50 Jahren, sind nie in die Partei eingetreten. Aber sie arbeiten jeden Tag drei Schichten, um die Lücke für die vier 21-jährigen auszufüllen, die schon im Herbst nach Westdeutschland geflohen sind.

"Wir machen ihre Arbeit", sagte der Abteilungsleiter Jürgen Plath. "Letzten Sonntag waren wir zu siebt hier. Wir haben wenig Zeit, miteinander zu sprechen. Ich kann ihr Weggehen verstehen, aber es hinterläßt in mir eine sehr traurige Stimmung."

Gründe zu bleiben

Als der Maschinist Olaf Knispei, der ebenfalls 21 Jahre alt ist, gefragt wurde, ob er überlegt hätte, in den Westen zu gehen, sagte er: "Ich habe hier eine Familie und niemanden dort drüben. Ich habe eine gute Arbeit. Ich mag die Arbeit. Auch halte ich viel von der Deutschen Demokratischen Republik."

Martin Richling, ein 54-jähriger Bereichsleiter des Generatorenbaus, sagte, daß er und der Rest der Männer deshalb die Extraschichten arbeiten, weil "wir wissen, daß die elektrische Stromversorgung hier schlecht ist, und so müssen wir helfen zu verhindern, daß die Lichter ausgehen." ...

Die Arbeiter der Schleudergrube waren wenig darauf erpicht, denjenigen zu folgen, die sich früher in den Westen abgesetzt hatten, obgleich einige sich die Öffnung der Berliner Mauer zunutze gemacht haben.

"Ich bin in Westberlin geboren und aufgewachsen, und so bin ich rübergegangen und habe die Straßen gesehen, wo ich als Kind spielte", sagte Hans Paulke, ein 56 Jahre alter Maschinist. "Aber rübergehen und dort leben? Das ist nichts für mich."

Bevorzugt eigenständiges Ostdeutschland

Herr Plath, der 35 Jahre von seinen 51 Jahren bei Bergmann-Borsig gearbeitet hat, sagte, daß er an der von der protestantischen Kirche organisierten "Menschenkette" teilgenommen hat, die sich am 3. Dezember über ganz Ostdeutschland erstreckte, um seine Unterstützung für die Aufrechterhaltung dieses Landes als ein von Westdeutschland getrennter deutscher Staat zu zeigen.

Andere Bergmann-Borsig-Arbeiter waren in der Vorhut der Protestmärsche in dieser Hauptstadt, und am Abend des 2. Dezember war es ihr Buhen und Pfeifen, in einer Konfrontation vor dem gewaltigen Gebäude des Zentralkomitees auf dem Marx-Engels-Platz, das schließlich Herrn Krenz veranlaßte, zusammen mit der gesamten verbliebenen Parteiführung von 163 Männern und Frauen zurückzutreten.

"Mit drei laufenden Schichten haben wir keine Zeit zu demonstrieren", sagte Herr Reefke...

Der einzige Mitarbeiter der Schleudergrube, der sagte, er habe an einer Demonstration teilgenommen, war der 39 Jahre

alte Berndt Kappler. "Es ist eine schöne Revolution", sagte Herr Kappler. "Wir sind freundlicher zueinander. In den letzten Jahren gab es eine Menge Erbitterung und Kälte — mit Polizei, Bürgern und selbst unter uns hier." ...

"Verschiedene Kulturen" in der Fabrik

Herr Knispei sagte, er würde nicht in die Kommunistische Partei eintreten, selbst wenn sie sich sozialistisch oder demokratisch nennt, jedenfalls nicht jetzt. "Ab dem Moment, wo die Partei ein Programm hat, das funktioniert, und sie für die Arbeiterklasse ist, werde ich eintreten", sagte er.

Herr Reefke, der älteste Mann in der Abteilung, sagte, daß er nach seinem Austritt aus der Partei nach 22 Jahren niemals wieder eintreten würde. Er würde warten, bis sich die neuen politischen Kräfte definiert hätten, bevor er entscheide, wie er in den parlamentarischen Wahlen am 5. Mai stimme. "Wir alle müssen Demokratie lernen", sagte er.

Die Schleudergrube-Arbeiter schienen skeptisch über Gregor Gysi, den neuen Kopf der Kommunistischen Partei, auch wenn Herr Plath anerkennt, daß "er Mut hat".

Herr Richling zeichnete ein düsteres Bild davon, was Ostdeutschland in den nächsten Monaten zu erwarten hätte.

"Ende des Jahres werden sie Westdeutsche und Westberliner hierher kommen lassen, ohne daß sie die 25 Mark Umtausch pro Tag zahlen", sagte er.

"Bald wird jede Waschfrau mit ihren Devisen rüberkommen und besser leben als unsere beste Opernsängerin", sagte er. "Wir werden in unseren eigenen Gaststätten keinen Platz bekommen. Wir werden am Strand keinen Platz bekommen. Unsere Urlaubsorte werden nur westliche Besucher akzeptieren. Dann werden unsere Arbeiter streiken, unsere Regierung wird fallen und Westdeutschland wird uns schlucken."

Nr. 14
Winter 1989/90

Neu!

Spartacist ist das Journal der IKL. Die soeben erschienene Ausgabe enthält einen zwiesprachigen Sonderteil auf deutsch und russisch.

DM2,-
2 Mark der DDR



Abonniert *Spartakist*, Zeitung der TLD, jetzt wöchentlich!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10—/10 Mark

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

West Berlin Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Tel: (030) 8 82 39 64

Hamburg TLD, c/o Verlag Avantgarde.
Postfach 1 10231, 2000 Hamburg 1 1

Herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)